

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Verschwendung steuerlicher Mittel beenden - für Meinungsfreiheit eintreten - sämtliche Anti-Rechts-Programme unverzüglich einstellen

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung stellt unverzüglich alle aus Landesmitteln finanzierten Programme ein, die dem Kampf gegen oppositionelle politische Kräfte, insbesondere dem Kampf gegen die nationale Opposition dienen (sogenannte Anti-Rechts-Programme). Für die Jahre 2013/2014 bereits ausgezahlte Mittel werden seitens der Landesregierung von den Zuwendungsempfängern unverzüglich zurückgefordert.
2. Die Landesregierung ergreift im Bundesrat unverzüglich eine Initiative mit dem Ziel, sämtliche Anti-Rechts-Programme, die aus Mitteln des Bundes finanziert werden, mit sofortiger Wirkung einzustellen.
3. Die Landesregierung nutzt ihre auf EU-Ebene bestehenden Einflussmöglichkeiten bzw. Strukturen, um mit Nachdruck zu fordern, dass aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) sogenannte Anti-Rechts-Projekte nicht mehr finanziert werden dürfen.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Unter dem Deckmantel von „Demokratie“ und „Toleranz“ wird ein Dauerwahlkampf gegen politisch missliebige Kräfte geführt und ein vergiftetes Klima erzeugt, in dem massiver psychischer und physischer Druck auf Andersdenkende ausgeübt wird sowie Denk- und Sprechverbote an der Tagesordnung sind.

Befeuert durch die staatlich alimentierten Projekte haben linksextremistische Banden in den vergangenen Jahren sichtlichen Auftrieb erhalten, wovon die Zunahme von gewalttätigen Übergriffen auf Polizeibeamte und politisch missliebige Personen zeugt. Vielfach finden Linksextreme dabei Unterschlupf in den sogenannten Projekten für „Demokratie“ und „Toleranz“, die sie als Deckmantel für die Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie nutzen. Eine Beendigung der genannten Projekte ist auch aus diesem Grund notwendig, um auf diese Weise dem kriminellen Sumpf zumindest teilweise den finanziellen Nährboden zu entziehen.